

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 86/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4088 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 170.

Donnerstag, den 18. Oktober 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Trucksystem.

Daß das Trucksystem in Deutschland noch immer in Blüthe steht, darüber bringt ein längerer Artikel in der Berliner „Volkszeitung“ von Neuem den Beweis. Genanntes Blatt schreibt:

„... Einzelne Grubenverwaltungen sind auf die Bildung von „Konsumvereinen“ verfallen, d. h. Vereinen, die nur äußerlich diese Form haben, in Wirklichkeit aber nichts als Veranstaltungen der Verwaltungen sind. Von diesen „Konsumvereinen“ entnehmen die Mitglieder ihre Lebens- und Genussmittel, es wird ihnen bis zu einem Betrage, der ungefähr den voraussichtlichen und dem Leiter des „Vereins“ stets genau bekannten Verdienst während des laufenden Monats entspricht, kreditirt, und am Lohntage wird der Arbeiter zur Zahlung angehalten, oder es wird ihm auch die Schuld beim Konsumverein einfach von dem Lohn abgezogen.“

Vor uns liegen die Satzungen einer „Privatgesellschaft“, die sich unter dem Namen „Glückauf, Konsumverein der Beamten und Arbeiter der Zeche Courl bei Hufen i. W.“ gebildet hat; sie tragen kein Datum, aus dem man ersehen könnte, wann sie aufgestellt wurden, sind aber heute noch in Geltung. Es sind wahre Muster-satzungen. Der Vorstand besteht aus sechs Personen, von denen drei Beamte, drei Arbeiter sein müssen; die General-Versammlung wählt nur ein Mitglied dieses Vorstandes, den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter wählen diese vier Vorstandsmitglieder aus der Zahl der übrigen Vereinsmitglieder. Bei diesem Wahlmodus ist es natürlich der Verwaltung ein Leichtes, stets den Vorsitzenden und den Stellvertreter gewählt zu sehen, den sie in diesem Amte sehen will. Dem Vorsitzenden hat man eine Machtschelle gegeben, wie es sonst kein Verein und keine „Privatgesellschaft“ thun würde. Er verwaltet allein das Vermögen der Gesellschaft, kann „Verträge jeder Art“ schließen, Rechte abtreten, Prozesse führen, Vergleiche schließen, ganz wie es ihm beliebt. Es ist ihm auch die Befugniß ertheilt worden, „Eide zu erlassen“; und ferner ist vorichtiger Weise hinzugefügt, daß alle Prozesse, die der Vorsitzende anzustrengen oder zu führen für gut befindet, für Rechnung des Vereins gehen. Die Satzungen können jeder Zeit in der bequemsten Weise abgeändert werden. Es brauchen in einer Generalversammlung nur zehn Mitglieder zu erscheinen und dann sieben für die Abänderung zu stimmen, so ist letztere fertig; im Uebrigen ist die Generalversammlung „stets beschlußfähig“. Wer aus seiner Arbeit auf Zeche Courl ausscheidet oder entlassen wird, ist seiner Mitgliedschaft ohne Weiteres verlustig, wer sich nach Ansicht von drei Vorstandsmitgliedern, also z. B. der drei Beamten, „der Mitgliedschaft unwürdig gemacht“ hat, wird ausgeschlossen, Berufung an die Generalversammlung oder eine andere Instanz giebt's nicht. Die Aufnahme neuer Mitglieder ist von dem „Er-messen des Vorstandes“ abhängig.

Außer dem Rechte, an den Generalversammlungen Theil zu nehmen, haben die Mitglieder des „Konsumvereins“ eigentlich nur noch das Recht, „aus den Beständen des Vereins Waaren gegen Baarzahlung und gegen den von dem Vorstände nach bestem Ermessen mit Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse des Betreffenden zu gewährenden Kredit zu entnehmen“. Wie der Verein wieder zu den kreditirten Beträgen gelangt, wird in den Statuten nicht weiter erwähnt, wir finden es aber in den Lohnbüchern. Bei der Auszahlung wird dem Arbeiter von der Direktion einfach das, was ihm im Laufe des Monats kreditirt worden ist, abgezogen. Dabei stellt sich denn auch heraus, daß dem Vorstände des „Konsumvereins“ die Vermögensverhältnisse der Arbeiter sehr genau bekannt sind. In einem Lohnbuche z. B. finden wir, daß dem Inhaber nach Abzug für Del, Kaffee, Hausmiete (er wohnt in einem Zechenhause), Kohlen, Holz und „Konsum“ bei der Löhnung nur 50 Pfennige ausgezahlt worden sind. Eine Abschlagszahlung hatte er nicht erhalten, der Mann hatte also für den nächsten Monat ganze fünfzig Pfennige baar zur Verfügung. Er mußte also wieder den Kredit des „Konsumvereins“ in Anspruch nehmen und sich eine Abschlagszahlung geben lassen, und dann kamen sechs Monate, in denen er

am Lohntage auch nicht einen Pfennig baar erhielt: so genau war der Konsumverein von seinen Vermögensverhältnissen unterrichtet, daß er ihm gerade bis zur Höhe der ihm zustehenden Lohnforderung kreditirte. Es ist selbstverständlich, daß dies nur durch die Zechenverwaltung geschehen kann, die auch noch in anderer Weise für den „Konsumverein“ sorgt. Mit den Arbeitern, die sie in die von ihr gebauten Wohnhäuser aufnimmt, verabredet sie im Miethsvertrage, daß kein Händler die Häuser betreten darf. Eine Anklage wegen Hausfriedensbruches, die vor einiger Zeit die Gerichte beschäftigte, hat diese Bestimmung an's Licht gebracht. Die Arbeiter müssen also dem „Konsumverein“ beitreten.

Natürlich ist die Zeche Courl nicht die einzige, die es so macht, vielmehr besteht dieses System auf den meisten Zechen Westfalens und auch anderer Gegenden. Die Macht des Besitzes gestattet den Unternehmern, das Gesetz in irgend einer Weise zu umgehen. Auf eine Beschwerde, die im Juli d. J. bei dem Ober-Bergamt in Dortmund eingereicht wurde, erfolgte die folgende Antwort:

Dortmund, 13. September 1894.

Auf die Beschwerde vom 18. Juli d. J. erwidern wir Ihnen, daß hinsichtlich der Miththeilung des zuständigen königlichen Revierbeamten Lohnenthalten von Seiten der Zeche Courl zu Gunsten des Konsumvereins nicht mehr stattfinden sollen. Sie wollen den übrigen Beschwerdeführern hiervon Kenntniß geben.

Königliches Ober-Bergamt
gez. Täglichs bed.

Auf eine Anfrage bei dem Oberbergamte, ob eine Bestrafung der Schuldigen durch die Bergbehörde in die Wege geleitet sei, erfolgte die Antwort, daß das Oberbergamt „die Stellung eines Strafantrages wegen Lohn-Abhaltungen (übrigens ein schönes Wort! Red.) seitens der Verwaltung Courl unter den obwaltenden Verhältnissen nicht für angezeigt erachtet“ hat. Was das Oberbergamt unter den „obwaltenden Verhältnissen“ versteht, verräth es nicht. Im Uebrigen würde es Sache der Staatsanwaltschaft sein, diese Verhältnisse zu prüfen, nicht die des Oberbergamts. Der Staatsanwaltschaft würde es auch leicht sein, festzustellen, ob nach Absendung des oben wiedergegebenen Schreibens des Oberbergamtes, also nach dem 13. September d. J., auf Zeche Courl „Lohnabhaltungen“ zu Gunsten des Konsumvereins stattgefunden haben.

Politische Rundschau. Deutschland.

Eine Ueberladung der Reichstagsession versucht Eugen Richter in seiner Zeitung festzustellen. Es sind so viel Vorlagen seitens der Regierung angekündigt, daß nicht abzusehen ist, wie auch nur die Hälfte der Vorlagen erledigt werden, selbst wenn die Session sich über Pflingsten hinaus erstrecken sollte. Zunächst hat der Reichstag den Reichshaushaltsetat zu erledigen mit allen Finanz- und Steuerfragen, die sich daran knüpfen. Dann soll dem Reichstag eine Vorlage zur Einführung einer Tabak-fabriksteuer gemacht werden. — Fertig für den Reichstag liegt bereits ein Bündel Justiznovellen. Der „Kampf gegen den Umsturz“ dürfte ebenfalls sehr lange dauern und jedenfalls sich interessant gestalten. Werden darüber hinaus noch Vorlagen gemacht, so ist nach Eugens Meinung „ein Bankrott des Reichstags“ unermidlich. Es bleibt dann eben zuletzt alles stecken, was nicht wie der Etat zur Fortführung der Verwaltung unumgänglich notwendig ist. Im Bundesrath stecken gegenwärtig noch drei Novellen zu der Unfallversicherungsgesetzgebung. Das Reichs-senatengesetz dürfte ebenfalls aus der Versenkung auftauchen. Dann stecken im Bundesrath noch „allerhand Ausbesserungsgesetze zur Gewerbeordnung. Auch die am Schluß der letzten Session eingebrachte Novelle zum Zolltarif muß wiederkommen. Ein Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ist im Reichsamt des Innern bis jetzt allerdings nur in den ersten Umrissen ausgearbeitet worden. Dis Margarinefrage und dann der notwendige Bäckerarbeiter-schutzgesetzentwurf dürfte ebenfalls nicht fernbleiben. Hierzu kommen noch die vielen Initiativanträge der verschiedenen Parteien. Für-wahr, eine reichbefetzte Tafel. Wir wünschen einen guten Appetit!

Unser Rechtsleben treibt zur Zeit recht sonderbare Blüten; es thut wirklich noth, daß neues Leben hinein-kommt. Kürzlich wurde in Berlin wieder ein Mal der bekannte Brausewetter wegen — Befangenheit als Richter abgelehnt. Dieser Ablehnungsantrag ist nun vom Gerichte zurückgewiesen. Berührte das Benehmen Brausewetter's schon unangenehm — so thut es der in dem „Blatt für Rechtspsf.“ mitgetheilte Beschluß noch vielmehr. Es heißt darin u. A.: „In der mündlichen Hauptverhandlung vom 22. September d. J. lehnte der Rechtsanwalt G. als Vertheidiger des Angeklagten den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Brausewetter, ab, indem er behauptete, daß, als er in das Zimmer trat, der Vor-sitzende mit dem Herrn Staatsanwalt sich unterhielt und äußerte: „Die Absicht der Täuschung ist ganz zweifellos.“ Der Landgerichtsdirektor Dr. hat sich gemäß § 26 Abs. St.-P.-D. dienstlich geäußert: „Ich bestreite entschieden, in der Sache befangen zu sein. Vor Beginn der Sitzung befaßen die Richter und der Staatsanwalt die asservirten Flaschen. Ich machte gesprächsweise darauf aufmerksam, daß auf der einen Flasche der Name des Angeklagten und auf der anderen der Name X stehe und sagte mit Bezug auf die grüne Farbe des Etiketts, nach-dem der Herr Staatsanwalt geäußert hatte, daß die ein-getragene Marke nicht nachgemacht sei: die Absicht zu täuschen ist zweifellos.“ — Das Ablehnungsgesuch ist darauf gestützt, daß der abgelehnte Richter vor der mündlichen Hauptverhandlung seine Ansicht über die Sache geäußert habe. Daraus aber, daß ein Richter vor der Hauptverhandlung auf Grund des Inhalts der Akten gesprächsweise seine Meinung äußert, kann nicht gefolgert werden, daß der Richter in der Sache voreingenommen, also befangen sein. Es bleibt nicht ausgeschlossen, daß der Richter auf Grund der mündlichen Hauptverhandlung seine Ansicht ändert. Das Ablehnungsgesuch war daher für unbegründet zu erklären.“ — Die Blätter für Rechtspsflege bemerken hierzu: Die Begründung der Entscheidung ist unzweifelhaft verfehlt; sie führt zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen und würde das in der Strafprozeßordnung schon überaus eingeschränkte Ablehnungsrecht fast völlig illusorisch machen.

Das Staats-Ministerium hat eine vierstündige Sitzung abgehalten, um über gesetzgeberische Maßregeln gegen die Umsturzbestrebungen zu berathen. Ueber das Ergebnis gehen die Mittheilungen sehr auseinander. Wir halten die verschiedenen Nachrichten, die offenbar Kombi-nationen sind, nicht für der Mittheilung werth.

Zum Kampfe gegen den „Umsturz“ rückt jetzt die „Kreuzzeitung“, mit ihrem schweren Geschütz einem „Programm“ heraus. Was das Blatt vorschlägt, läuft und kann bei der Natur dieses Organs des alten und verschuldeten Grundbesitzes nur hinauslaufen auf eine Verkürzung bestehender politischer Rechte. Die „Kreuzzeitung“ will Hunderttausenden von Wählern das Reichstagswahlrecht nehmen, indem sie das wahlmündige Alter von 25 Jahren auf 30 Jahre erhöhen will. Warum gerade erst mit 30 Jahren die politische „Erleuchtung“ eintreten soll, das verschweigt das Blatt wohlweislich. Vielleicht deshalb, weil viele, viele Arbeiter nicht dreißig Jahre alt werden? Es will die Zahl der Wähler in den großen Städten ver-mindern, und zu gleicher Zeit die auf dem flachen Lande vermehren; denn die „Kreuzzeitung“ verlangt die Einführung einer Wahlpflicht. Es muß also ein Jeder am Wahltag wählen. Auf diese Weise würden die konservativen „gnädigen Herren“ auf dem Lande auch diejenigen Wähler als „Stimmvieh“ an die Wahl-urne bringen können, die jetzt nicht wählen, weil sie wegen ihrer Abhängigkeit nicht oppositionell wählen dürfen, aber nicht Lust haben, konservativ zu wählen und daher vom Wahltsch lieber fern bleiben. Schließlich verlangt die „Kreuzzeitung“ ein Verbot des Besuchs der Volks-versammlungen durch Minderjährige. Ob sie wohl daran denkt, meint die „Berl. Volkszeitung“, daß z. B. in Berlin gerade die konservative, bezw. die anti-semitische Sache durch ein solches Verbot am schwersten betroffen würde? Denn die Stöcker- und Ahlwardt-Versammlungen waren und sind noch heute der Sammelpunkt von zum Theil ganz jungen Leuten, die aus dem Besuch derartiger Versammlungen, aus dem Hochschreien u. s. w. einen Sport machen. In den der „Kreuzzeitung“ gesinnungsverwandten Organen des Antisemitis-

mus wird schon jetzt über die „Versumpfung“ der „Bewegung“ geklagt; was soll aus dieser Bewegung werden, wenn man sie gegen den Zug der unreiferen Jugend absperrt? Im Uebrigen ist die „Kreuzzeitung“ gegen eine Verschmäherung der politischen Parteilichkeit.“

„Unter letzteren, so meint das Blatt, würden, wie die Dinge liegen, die Parteien des „Umsturzes“ weit weniger zu leiden haben, als ihre Gegner, weil sie ungleich besser und strenger organisiert sind und überdies, wie nachgerade ein jeder weiß, auch über weit größere, aus den bekannten internationalen Quellen stehende Mittel, zu verfügen haben. Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie ist in der That längst so fest gefügt, daß sie sich auch bei weitgehender Verschärfung des Versammlungsgesetzes und der Presse behaupten könnte. Hat sich denn das nicht während der Gestaltung des Sozialistengesetzes deutlich genug gezeigt? Die politischen Parteien würden dagegen, wenn man sie der gegenwärtigen Freiheit der Bewegung beraubte, damit auch einen großen Theil ihrer Widerstandsfähigkeit verlieren. Wer die Dinge sieht, wie sie wirklich sind, kann das keinen Augenblick bezweifeln.“

Man darf behufs richtiger Würdigung dieser Ausführungen des frommen Blattes nicht vergessen, daß, wenn es zu einer Verschärfung des Press- und Vereinsgesetzes kommt, die antisemitischen und agrarischen Blätter und Redner Gefahr laufen, ebenfalls wegen Verhütung belangt zu werden. Nur deshalb will die antisemitische Presse nicht recht heran an die von den „Mittel-Parteien“ vorgeschlagenen Mittel. Mit der Liebe zur Pressefreiheit an sich hat diese Zurückhaltung natürlich nichts zu thun.

Wegen angeblicher Verleumdung des bekannten freisinnigen Dauerredners Dr. Frankel aus Weimar schwebt seit dem Jahre 1892 eine Anklage gegen den früheren Redakteur der „Thüringer Tribüne“, Genossen Gildenberg. In dieser Sache haben nun schon 4 Termine angesetzt, die jedesmal auf Antrag Fränkels vertagt wurden. Die letzte Verhandlung wurde bekanntlich deshalb vertagt, weil F. dem Gerichtshofe die Mittheilung machte, gegen den Reichstagsabgeordneten Liebknecht, welcher von Gildenberg als Zeuge geladen, sei das Verfahren wegen Meineid eingeleitet und dasselbe werde seitens der Staatsanwaltschaft mit großem Erfolge betrieben. Nicht allein der Verteidiger des Angeklagten, sondern auch der Vorsitzende des Gerichtshofes bezweifelten sofort, daß sich Liebknecht des Meineids schuldig gemacht habe, da dessen Aussagen sehr korrekt gehalten seien. Wie dem Genossen G. nun von Liebknecht mitgetheilt wird, hat Fränkel den Letzteren wirklich bei der Staatsanwaltschaft denunziert, natürlich ist er abgeblitzt, wie der Staatsanwalt nunmehr dem Genossen Liebknecht eröffnet hat. — Hoffentlich läßt der Dauerredner des Freisinn von seinem Manespiel nun ab. Oder will er das Gericht ebenso langweilen, wie seine Versammlungs-Besucher?

Die Verhandlungen wegen Verleumdung des Berliner Bierboikotts sind abgebrochen worden weil die Ringbrauereien in einer zwischen ihren Vertretern und denen der Arbeiter am Sonnabend stattgehabten Besprechung eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerrings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 ausgesperrte Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden. Auf diese dreiste Zumuthung gaben die Genossen Auer und Singer namens der Arbeiter die Erklärung ab, daß man bedauere überhaupt verhandelt zu haben. Die Zustimmung zu dem, was die Brauereien verlangen, würde nicht einen ehrlichen, sondern einen ehrlosen Frieden bedeuten. Angesichts der bestimmten Erklärung des Brauereivertreters hält Singer jedes weitere Wort für überflüssig und fordert den Abbruch der Verhandlungen, indem er die Verantwortung für die sich ergebenden Konsequenzen den Ringbrauereien zuschiebt. Der Brauerei-Direktor Goldschmidt erwiderte darauf, daß er zu seinem Bedauern nach den Ausführungen der Genossen Singer und Auer keine Möglichkeit für eine Verständigung über diesen Punkt sehe und sich bei dieser Sachlage ebenfalls keinen Erfolg von weiteren Verhandlungen verspreche. Nach dieser Ausführung verließen die Arbeitervertreter den Verhandlungstisch und konstatirten dadurch den Abbruch der Verhandlungen. Der Boykott wird mit erneuter Energie wieder aufgenommen werden — nicht zum Vorteil des Brauerrings, der durch seine Vertreter so ungeheuerliche Vorschläge machen ließ.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel betragen im September im Vergleich zu den in Klammern beigefügten Augustpreisen: für 1000 Kilo Weizen 128 (133) Mk., Roggen 112 (113) Mk., Gerste 121 (124) Mk., Hafer 121 (133) Mk., Kocherbsen 217 (218) Mk., Speisebohnen 242 (240) Mk., Linsen 430 (444) Mk., Spätzelfeln 47,2 (48,7) Mk., Nichtstroh 37,0 (39,1) Mk., Heu 50,6 (51,2) Mk., Rindfleisch im Großhandel 1114 (1106) Mk.; für ein Kilogr. Rindsteule 1,41 (1,39) Mk., Rindfleisch vom Bauch 1,21 (1,19) Mk., Schweinefleisch 1,36 (1,35) Mk., Kalbfleisch 1,32 (1,27) Mk., Hammelfleisch 1,27 (1,25) Mk., ger. inl. Speck 1,67 (1,67) Mk., Schbutter 1,23 (2,22) Mk., inl. Schweineschmalz 1,65 (1,65) Mk., Speisemehl aus Weizen 0,25 (0,26) Mk., aus Roggen 0,22 (0,23) Mk., für ein Schock Bier 3,42 (3,15) Mk.

Herr v. Buchta, dessen Advancement im Justizdienste von der mecklenburgischen Regierung beabsichtigt war, bleibt dem Reichstage erhalten. Die mecklenburgische Regierung hat mit Rücksicht auf die bei der nothwendig werdenden Nachwahl sehr wahrscheinliche Eroberung des Reichstagswahlkreises durch die Sozialdemokratie, so meint der „Vorwärts“, beschlossen, Herrn v. Buchta erst später zu befördern.

Der Beurlaubtenstand des deutschen Reichsheeres zählte nach der so eben erschienenen Anciennetätsliste 20 797 Offiziere. Von diesen entfallen auf 1) Preußen 8048 Reserve- und 7963 Landwehr-Offiziere, 2) Bayern 1242 und 1223, 3) Sachsen 802 und 629, 4) Württemberg 463 und 427, zusammen 10 555 Reserve und 10 242 Landwehroffiziere. Die Herausgabe der Anciennetätsliste ist durch die kriegsministerielle Verfügung vom 5. Mai 1894 veranlaßt, nach welcher die Offiziere des Beurlaubtenstandes hinsichtlich ihrer Beförderung nicht mehr an die Bestimmung gebunden sind, daß zuvor der Hintermann der Linie avancirt sein muß, es erfolgt das Aufsteigen in eine höhere Charge nunmehr nach dem Dienstalter.

Verantwortlichkeit von Polizei-Beamten und Richtern für unberechtigte Freiheitsentziehung. In Frankfurt a. M. hat ein Amtsrichter Veranlassung genommen, wegen vermeintlich widerrechtlicher, mit Zuchthausstrafe bedrohter Strafe gegen das Polizeipräsidium vorzugehen. Das Polizeipräsidium hat dort, wie auch in Berlin und anderwärts, Inhaftirte nicht sofort dem Richter vorgeführt, sondern oft erst nach Verlauf vieler Stunden, ja Tage. Daß das polizeiliche Verfahren mit dem Wortlaut des Gesetzes schwerlich zu vereinbaren, ist zweifellos. Aber ebenfalls zweifellos ist, daß höhere Verwaltungsbehörden trotz aller Gesetze strafrechtlich verantwortungslos bleiben, so lange die heutige Gesellschaftsordnung ihrer als Stützen bedarf und so lange nicht für Richter klar und unzweideutig absichtliche Rechtsverletzung vorliegt. Der Frankfurter Amtsrichter hat wohl auch in Konsequenz dessen in seinem lobenswerthen Streben, ohne Unterschied der Person seines Amtes zu walten, einen Haken gefunden und hat daher — gegen sich selbst Strafantrag gestellt.

Wie ist dem Mittelstand zu helfen? Eine recht hübsche Satire auf die Umschmelzungen und Rettungsverprechungen des Mittelstandes durch die vornehmen konservativen Herren giebt C. Jentsch in einem Artikel über „Arbeit, Handwerk und Religion“ in der neuen Zeitschrift „Die Zeit“. Er führt daselbst aus, daß der Adel allerdings dem Handwerk helfen könne, und zwar durch die Religion; er müsse nur an die Stelle des Wortes die That setzen. Die Ubeligen brauchen nur einen Bund zu schließen, darin alle satissaktionsfähigen Nichtadeligen: Offiziere, Staatsbeamten, für vornehm gehaltenen Bürgerlichen und sämtliche Frauen dieser Stände aufzunehmen und alle Mitglieder dieses Bundes durch Ehrenwort auf folgende zwei Bedingungen lebenslänglich zu verpflichten:

Erstens: Wir werden in Zukunft keinen Stiefel, keinen Schuh, keinen Rock, keinen Hut, keinen Handschuh, kein „Wostume“, keinen Strumpf, keine Wäsche, keinen Tisch, keinen Stuhl, keine Scheere, keinen Goldschmuck, keinen Topf, keinen Teller mehr in Laden des großen Händlers kaufen, sondern werden alle diese Dinge beim kleinen Handwerker, bei der kleinen Schneiderin, Nähterin, Modistin bestellen. Wir werden es uns nicht verbieten lassen, in einem schmalen Hofe die Thür dem erfragten Seiten- oder Hintergebäude zu suchen, vier dunkle baufällige Treppen hinaufzuklimpern und unsere Bestellungen in einem eiskalten oder überhitzten und mit überreichendem Qualm erfüllten Zimmer zwischen wüsten Materialhäufern, schreienden Kindern, Speisereifen und allerhand Geräthen zu machen, oder im Erdgeschos beim Meister Tischler mit einem überlothenden Leimtiegel vor der Nase. Wir werden Geduld haben mit dem armen Manne oder der armen Frau, wenn das bestellte Stück nicht so sauber und elegant ausfällt, wie wir es im Laden bekommen können, mit der Zeit wird es schon anders werden. Hat er kein Geld, die Materialien zu beschaffen, so werden wir ihm diese selbst liefern: beim armen Goldschmiede wird das regelmäßig der Fall sein, ebenso bei der Schneiderin. Um die Pariser Mode werden wir uns den Kuckuck scheeren, sondern uns mit unserm Meister Schneider oder unser Junger Nähterin zusammen die Facon selbst ausfinden. Wir werden, joviels von uns vornehme Damen sind, in einer Saison nicht fünfzig, sondern höchstens fünf Anzüge verbrauchen. Für diese fünf werden wir so viel bezahlen, wie bisher für fünf und zwanzig; so werden wir die Hälfte unseres Geldes sparen, unsere Schneider und Schneiderinnen aber, sowie die Weber und Weberinnen werden bei mäßiger Arbeit zu Wohlstand gelangen. Und ähnlich werden wir bei allen übrigen Gebrauchs- und Luxusgegenständen verfahren. Beamtenkonsumvereine und Offizierwohnhäuser werden wir nicht mehr gründen und die bestehenden eingehen lassen. Nie werden wir uns auch nur um eines Kreuzers Werth von einem Verbandsgeschäft anhängen lassen, und wäre sein Bestzer Antisemit und hieße er Hundsfott; Alles, ohne Ausnahme Alles, was wir brauchen, werden wir an unserem Wohnort beim Krämer (der ja auch zum Mittelstand gehört) oder Handwerker kaufen oder bestellen, und bringt er's nicht fertig, so werden wir ihm auf unsere Kosten Lehrmeister besorgen und ihm zur Anschaffung von Maschinen behilflich sein; die Einschränkung unseres Luxurs auf dem oben angedeuteten Wege wird uns die Mittel dazu verschaffen.

Zweitens: Wir werden jedes Stück, das wir beim Handwerker, jedes Pfund Kolonialwaaren, das wir beim Krämer kaufen, sofort bei der Lieferung baar bezahlen, ohne auch nur einen Heller abzuhandeln; selbstverständlich etwaige Vorzüsse, die wir gewährt haben, abgerechnet. Nie werden wir ein unbezahltes Kleidungsstück tragen, nie ein unbezahltes Gerath in unsere Wohnung stellen, nie ein unbezahltes Glas Wein trinken, nie eine unbezahlte Cigarre rauchen. Weber eine Rechnung, noch eine Quittung wird mehr nöthig sein, da es andere Kaufgeschäfte zwischen Lieferanten und Konsumenten als solche gegen Baarzahlung nicht mehr geben wird. Neujahrsrechnungen ausfertigen, Rechnungen austragen, Mahnbriefe schreiben, Prozesse führen, Quittungsstempel im Konsumverkehr, alles dies giebt's nicht mehr. Alle todte Schreib- und Rechenarbeit, alle Zeitverschwendung, alle Lauferei, alles Vergerniß, alle Geldkosten, die durch jene Rechnungswiderstände des Verkehrs verursacht werden, fallen weg. Unlere, der würdigen Väter würdige Söhne, die Stubenten, Referendare und jungen Offiziere, werden unter diesen Umständen, auch wenn sie wollten, gar nicht mehr in der Lage sein, Schulden zu machen; sollte es einer dennoch versuchen, so wird er aus der guten Gesellschaft ausgestoßen und für ehelos erklärt.

So also hätte der Ubelige dem Manne des städtischen Mittelstandes seine christliche Gesinnung zu beweisen. Die Mitwirkung des Handwerkers würde sich, so meint Jentsch, ebenfalls auf den Erweis echt christlicher Gesinnung beschränken können. Im Einzelnen wäre darüber sehr viel zu sagen; hier soll nur im Allgemeinen angedeutet werden,

daß an die Stelle der Nachlässigkeit und des Schlenbrians Fleiß, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, an die Stelle des Konkurrenzweibes und der unsaunteren Konkurrenz kameradschaftliche Liebe und Hilfsbereitschaft, gegenseitiges Vertrauen und werththätiger Genossenschaftsgeist, an die Stelle der Lehrlingsausbeutung gewissenhafte Ausbildung der jungen Handwerker und väterliche Fürsorge für die Zukunft zu treten hätte. Also heran, ihr „Ebelsten“, hier ist Rhodus, hier tanzelt! Ihr seht, wie es zu machen ist. An echt christlicher Gesinnung fehlt es auch jedenfalls nicht und ob dabei der Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung zerstört wird, das ist doch nebensächlich gegenüber dem großen Ziele der Mittelstands-Spießbürger-Rettung.

Bajuvarisches. Dr. Sigl wird augenblicklich von dem Bauernbundsführer Wieland erbärmlich mitgenommen. Wieland nennt Sigl „einen ganz gemeinen, ehrofen Schutz“, bietet ihm „Maulschellen“ an, spricht ganz rücksichtslos von seinem sittenlosen Lebenswandel und schließt, Sigl sei zum Klagen zu feige. Interessant ist die Bemerkung, Sigl habe seine Wahl durch den Bauernbund eigentlich immer als einen gelungenen „Ull“ betrachtet.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Die Sonntag hier stattgehabte erste öffentliche Lehrlingsversammlung beschloß die Gründung eines Vereins junger Hilfsarbeiter, dessen Statut von der Statthalterei bereits genehmigt ist, und den Anschluß an die sozialistische Partei sowie die Theilnahme an den demnächst wieder bevorstehenden Straßendemonstrationen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts.

Belgien.

Ueber die Wahlen schreibt der „Vorwärts“: „In unseren Privatbesuchen wird die Zahl der gewählten sozialistischen Deputirten, wie schon gesagt, auf fünf- und zwanzig angegeben, und außerdem haben wir zehn aussichtsvolle Stichwahlen. Die belgische Deputirtenkammer hat im Ganzen 152 Mitglieder, so daß 25 Sozialisten schon eine starke Minorität bedeutet. — Man sieht, die Zahl der Gewählten ist verhältnißmäßig viel größer als in Deutschland; und das bedeutet einen um so größeren Erfolg, als das allgemeine Stimmrecht in Belgien durch das Pluralsystem, das den Reichen je 2 oder 3 Stimmen giebt, wesentlich gemildert, richtiger: arg verfälscht ist. Ob es möglich sein wird, die behauptete Wahlunfähigkeit zweier der Gewählten: Anseele's und Defuisseaux's aufrecht zu erhalten, „weil sie bestraft sind“, das bleibt vorläufig dahingestellt. Von besonderem Interesse für die deutschen Genossen wird es sein, daß die beiden belgischen Delegirten auf dem letzten internationalen Bergarbeiter-Kongress: Callewaert und Maroilles sich unter den Gewählten befinden. Die Kosten des Sieges unserer Genossen sind fast ausschließlich von den Liberalen zu tragen. Die katholische Partei, die sich mit der ihr eigenen Geschicklichkeit, trotz alles Verraths an den Interessen des Volks, doch immer ein volkstümliches Mäntelchen umzuhängen weiß, hat, so scheint es, im Ganzen ihre alten Siege behauptet, und wird in ihrer alten Stärke in die Kammer zurückkehren, wo sie bekanntlich bisher die Majorität hatte. Der Verfall des Liberalismus ist eine internationale Erscheinung. In England, Frankreich, Italien, Oesterreich, Deutschland, überall dasselbe Bild. Und nun auch in Belgien. Was faul ist in der „großen liberalen Partei“, das wird blöder Ordnungslehrling — der lebendige, lebensfähige Rest wird sozialistisch; und im Kampf für die Freiheit und die Rechte des Volkes wird der schwachmatte, knieschlottrige Liberalismus in allen Kulturländern abgelöst von dem siegreichen, welterobernden Sozialismus. Unseren belgischen Genossen aber, die in diesem Wahlkampf sich so trefflich bewährt, und, unter Vermeidung der Klippen, an denen in Holland die leider dort von der Phrase noch nicht emancipirte Arbeiterbewegung für den Augenblick so kläglich gescheitert ist, so planvoll, mannhaft, opfermüthig gehandelt, und dem Proletariat und seinen Feinden die Stärke des Proletariats so glorieus gezeigt haben, — ihnen gebührt unsere Anerkennung und unser Dank. Die belgischen Genossen haben sich wohlverdient gemacht um die Sache des arbeitenden Volkes!“

England.

Ein Protestmeeting fand Sonntag Nachmittag in der Londoner Vorstadt Peckham Rye zu Gunsten der Abschaffung des Hauses der Lords statt, an dem sich über 100 politische Vereine beteiligten. Es kam dabei zu einigen tumultuarischen Szenen, insbesondere wurde ein Temperenzredner von der Menge angegriffen, die Rednerbühne wurde zerschlagen und mit den Stücken derselben seine Anhänger „bearbeitet“. Er selbst entkam mit Mühe unter dem Schutz der Polizei.

Schweden und Norwegen.

Storthingwahlen. Die Wahlen von Christiania sind durchweg zu Gunsten der Linken ausgefallen. Ein Telegramm meldet:

Christiania, 14. October. Das definitive Resultat der hiesigen Wahl ergab für die Linke 8339 und für die Rechte 7969 Stimmen. Zu Folge dessen ist die Stadt Christiania im Storthing von 4 Mitgliedern der Linken vertreten, während sie bisher 4 Mitglieder der Rechten in das Storthing entsandt hatte. Das Storthing wird wahrscheinlich aus 58 Mitgliedern der Linken und 56 der Rechten zusammengesetzt sein. Anfluß des Wahlresultats fand heute Nachmittag ein großer Volksaufzug statt, bei welchem der frühere Staatsminister Steen eine Rede hielt, in welcher er die Zukunft Norwegens beleuchtete.

Das vorige Großthing schloß mit 64 radikalen gegen

Geschäfts-Anzeigen.

Billig Billig
soll ein Posten
Buckskin - Reste
verkauft werden.
Pfaffenstraße 9.

Für 50 Pfg.
verkaufe
Garnirte Kinderhüte.
Für 75 Pfg.
Garnirte
Damenhüte.
Während der Saison beständige
Auswahl
600 bis 700 Stück.

Über 70 garnirte Hüte im Schau-
fenster, sämmtlich mit Breisen versehen;
hierauf bitte ganz besonders Acht zu
geben. Jeder Hut wird auf Wunsch aus
dem Fenster genommen.

Arthur Mansfeld
12 Goldsteinstraße 12



J. F. G. Schweder
Nachfolger,
Fischergrube 27.
Empfehlen meiner eigener
Fabrikat von pa. Gummi-
hofenträgern, Schürzen und Mappen, sowie
Reisetaschen, Taschen u. Geldbörsen zu bill. Preisen.
Geübte Arbeiten werden sauber u. billig ange-
fertigt. — Reparaturen jeder Art.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Friedr. Meyer & Co.

Schwartau.

Dem geehrten Publikum von Schwartau und
Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich mein
Geschäft nach der andern Seite vom Markt, Ecke
Kalkenbühlstraße, hin verlegt habe und bitte auch
hier um geneigtes Wohlwollen.
Hochachtungsvoll
J. Drahehn, Korbmacher.

Neue Welt-Kalender
für 1895

Drumsehnter Jahrgang.

Inhalt:

Kalendarium. — Postwesen u. — Ewiglebens-
Kalender. — Trachtgalerie u. Württemberg. —
Statistisches. — Das Wachstum der deutschen
Sozialdemokratie. — Rüblied. — Wessens
und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. —
So über so! Von Heinrich Werth (mit Illustration).
— Der große englische Bergmanns-
streik (mit Illustration). — Hitz und Donner.
Von Oswald Köhler (mit Illustration). —
Drei Tage in den Rajamatten von Kasan.
Von Wilhelm Liebknecht. — Die Jahreszeiten.
— Schicht, nicht überwinden. Ge-
schichte von Rob. Schweißel (mit Illustration).
— Vermont. Mit Gedicht. — Das Gebirge.
Von Dr. F. Aug. — Die Erscheinungen auf
der Sonne und ihre physische Beschaffenheit.
Von Franz Seymann. — Sommermorgen. Ge-
dicht von Joh. Overges. — Neue Ausgrabungen
in Pompeji (mit Illustration). — Die Wieder-
täufer. Von Wilhelm Blas. — Elektrisches
Schicksal. Von Dr. F. Aug. — Carl Wilhelm
Säge. (Mit Portrait). — Die Freie vom
„Tiefen Keller“. Eine Geschichte aus dem alten
Hamburg (mit Illustration). — Epigramme.
Von Goethe. — Fliegende Blätter. — Rebus.
Hilfssprache, Räthsel u. — Fiederentwerfungstabelle.

Hierzu vier Kupfer:
Die Schenkenscheune. — Die Delikatessen der Berg-
leute bei der Konferenz im kaisertlichen Amt in
London. — Die Bergschichten. — Die Klatsch-
schneiderei.
Ein farbiges Bild: Der Forscher an der Wand,
hört seine eigne Schand.
Ein Wandkalender.

Preis 50 Pfennig.

Auch zu beziehen durch:
J. F. W. Dietz in Stuttgart.

Der Neue Welt-Kalender
ist auch in der Exped. des Lüb. Volksb. zu haben.

Elegante solide
Herrn- u. Knaben-
Garderoben
aus erprobt guten Stoffen
empfiehlt in größter Auswahl
zu bekannt billigen Preisen.
Rudolph Karstadt,
Breitestraße 85/87.

Im Verlage von **J. H. W. Dietz in Stuttgart** erscheint:

Geschichte des Socialismus
in Einzel-Darstellungen.

Der erste Band:

Die Vorläufer des neueren Socialismus

redigirt von

E. Bernstein und K. Kautsky

ist in Heften à 20 Pf. durch uns zu beziehen. — Alle 14 Tage erscheint
ein Heft.

Die Buchhandlung des „Lübeker Volksbote“.



Uhren reinigen. 1,50,
Federn einsetzen. 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.

Aug. Büttner,
Uhrmacher,

76 Glockengießerstraße 76.

Gasthof Stadt Schleswig.

Meine neu und angenehm eingerichtete Gast-
wirtschaft erlaube ich mir Vereine bestens zu
empfehlen.
Restauration zu jeder Tageszeit.
Hochachtungsvoll Julius Schönberg.

Prima Landspeck,

feinsten Sommerfang - Flohuhering,
per Stück 5 und 10 Pf.,

1 Barth. Holl. Rahmkäse, p. Pf. 70 Pf.,
in Broden billiger, empfiehlt
Ad. Danielsen, Meisl. Allee 2a.

Die

Butterhandlung zur Krone,

Markt 3 hier Kohlmart 12
nach Berliner Art gehandhabt und als
einzig alleiniges Special-Geschäft,
offerirt zu den nur denkbar billigsten
Preisen:

Butter, Eier, Speck, Schmalz,
Braten- u. Backfett, sämtliche
Wurstwaren, Corned-
Beef in Dosen, auch im Ausschnitt,
sowie 5 Sorten
Margarine, von 45—80 Pf.

Käsesorten:

3 Sort. Schweizer, 2 Sort. Holländer,
4 Eilfiter, echten Edamer,
Romatour, Limburger, Garzer,
Kräuter-, Burg-, Bayr. Bierkäse,
sowie noch weitere Käsesorten.

Sämmtliche Waaren sende prompt
und schnell ins Haus.

Bäcker, Conditoren, Hoteliers u.
Wiederverkäufern berechne billigere
Preise.

Ergebenst Die Obige.

Abs
olnt kostenfreien Voransch erhalten
Sie auf Mobilien und Waaren
jeder Art, wenn mir zur Auction
übergeben.
Johs. Fick, Auctionator,
Engelsgrube 43/17.

Pa. Magnum bonum-Kartoffel

Sack = 200 Pfd. Mt. 5,80
empfiehlt

August Jensen,
Gartenstraße 21.

Feine französische, Magnum bonum-
u. Daberische Kartoffeln empfiehlt billigst
Fr. Kieckbusch, Krähnenstraße 12.

Pa. BratenSchmalz

pr. Pfd. 40 Pf. u. 60 Pf.

empfiehlt
Carl Schröder,
Obere Szigstr. 6.

Die besten türkischen

Pflaumen

Pfd. 20 Pf., 5 Pfd. 90 Pf., 10 Pfd. 1,70
empfiehlt

August Jensen, Gartenstraße 21

Vermischtes.

Ver spätet. Unserem Kollegen Heine-
Schröder auf Wilhelmshöhe zu seinem gestern stattgefundenen Geburts-
tage ein donnerndes Lebehoch!
Seine Kollegen **H. S. A. F.**

Unserm Genossen, Maurer **Wilhelm**
Baars, zu seinem heutigen Silbernen
Hochzeitstag ein dreimal donnerndes Hoch.
Mehrerer Genossen.

Beinwunden, Flechten,

Hautkrankh., Rheumatismus, Drüsen beh. ohne
Voranz. des Honorars **Fr. J. Dentzau,**
Altona, gr. Bergstr. 5. Sprechz. nur Mont.
u. Dienst. v. 1—5, Sonnt. v. 10—2. In Lübeck
Sonntags den 20. Oktbr. von 10—2
am Kohlmart beim Gastwirth Herrn
Wilckens, 1. Etg.

Da es mir unmöglich ist, zur Zeit
Arbeit zu erhalten, sehe ich mich ge-
nötigt, **Schuhmacherei** zu betreiben und er-
bitte ich Freunde und Bekannte, bei etwaigem Bedarf sich meiner zu
erinnern.
H. Tzschüter, Schuhmacher,
Schwartzauer Chaussee 25 e.

Zu verkaufen neue leere Cigarrentüten,
Stück 5 Pf.
Friedrich Nagel,
Markt 14.

Zu verkaufen eine gut erh. Hängelampe,
2 Venham-Lampen, 1 Fingerring, sowie Harzer
Kanarienhähne mit gr. Gedauer.
Goldsteinstraße 9, Barterre.

Gesucht ein junger Knecht.

Lauerhoffstraße 4.

Eine Wohnung zu vermieten.

Gebaustraße 26a.

Zu vermieten ein freundliches Zimmer an
einen jungen Mann.

Ludwigstraße 15, 1. Etg.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

Quartett-Verein „Amicitia“

General-Versammlung
am Sonnabend d. 20. Oktober 1894,
Anfang 8 1/2 Uhr,
im **Concordia-Garten.**
Tages-Ordnung:
Abrechnung. Antrag: Aenderung eines Proto-
kollbeschlusses. Wahl. Mästenball. Votalsfrage.
Verschiedenes.
Der Vorstand.

**Central-Kranken- und Sterbe-Unter-
stützungskasse d. deutsch. Schiffsbauer.**

Filiale Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend den 20. Oktober,
Abends 8 Uhr,
im Lokale d. Herrn A. W. Neumann,
Fährhaus 19.
Tages-Ordnung:
Abrechnung. Wechselung der Kranken-Contro-
leure. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verein.

Concert
Theater und Ball

am
Montag den 22. Oktober 1894
im Lokale d. Hrn. Dassler (Colosseum)
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Herrenkarte 50 Pfennige, wofür eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Fest-Comité.

Einladung zum Ball

der
Lübeker Leimfabrik-Arbeiter
am Sonntag den 21. Oktober 1894
im Lokale des Herrn Hümmöller,
Hansa-Halle.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Entrée 60 Pf., einzelne Dame 20 Pf.
Der Vorstand.

Einsegl.
Verfegeln

von
Karpfen, Gänsen u. Rauchfleisch
am
Sonntag den 21. Oktober 1894.
Um rege Theilnehmung bittet
Heinr. v. Hartz.

Abtanz-Ball

am Mittwoch den 17. Oktober
in der **Central-Halle.**
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein **E. Voss.**

Stadttheater in Lübeck.

Donnerstag den 18. Oktober:
20. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie: Gelb.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Der Schwabenstreich.
Freitag: Die Fledermaus. (21. Abon.-Vorst.)

Der Gesamt-Ausgabe unserer heutigen
Nummer liegt eine Empfehlung des **Ham-
burger Kaufhauses** von Gebrüder
Mannheim, Breitestraße 58a, bei, auf
welche wir unsere Leser besonders aufmerk-
sam machen.

Anträge zum Parteitag.

(Schluß.)

Parteigenossen in Essen und Elberfeld: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei möge beschließen, die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, den zweiten Theil unseres Programms in Form von geeigneten Gesekentwürfen im Reichstag einzubringen.

Parteigenossen in Barmen und Kaiserlautern: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstages einen Gesekentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punktes des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

Parteigenossen in Berlin I: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion aufzufordern, in der nächsten Session im Reichstage die ungerechten Zustände in der Auslegung der Gesetze in den einzelnen Bundesstaaten gegen unsere Parteigenossen zur Sprache zu bringen.

Parteigenossen des Saarreviers beantragen: Der Parteitag spricht der Reichstags-Fraktion sein Befremden darüber aus, daß der auf dem Erfurter Parteitag angenommene Antrag, behufs Abschaffung des in Elsaß-Lothringen existirenden Diktatur-Paragraphe, sowie der Vereins-, Press- und Versammlungs-Gesetze mit so wenig Nachdruck befolgt wurde und beschließt, daß die Fraktion die Abschaffung der genannten Gesetze mit aller Energie betreiben soll, mindestens soll die völlige Einführung der Gewerbe-Ordnung, des Reichs-Pressgesetzes und Abschaffung des Diktatur-Paragraphe durchzusetzen versucht werden.

Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, nach dem Wiederzusammentritt des Deutschen Reichstages die Reichsregierung zu interpellieren, ob sie mit dem Vorgehen der Behörden im Saarrevier gegen die auf Grund des Gewerkschafts-Gesetzes errichteten sog. „Bergmanns- oder Arbeiter-Kasinos“ einverstanden ist.

Parteigenossen in Kaiserlautern: Unsere Abgeordneten haben zu beantragen: Für jede Fabrik, Werkstätte oder Arbeitsstätte, in welcher in der Regel Arbeiter beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen. Für die einzelnen Abtheilungen des Betriebes oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter „müssen“ besondere Arbeitsordnungen erlassen werden zc.

Parteigenossen in Berlin 3: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage einen Gesekentwurf folgenden Inhalts einzubringen:

Sämmtliche Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältniß des Gesindes zu seinem Arbeitgeber, d. h. die sog. Gesinde-Ordnungen, sind aufgehoben.

Parteigenossen in Berlin 2: Der Parteitag möge die Fraktion ersuchen, auf ein gesetzliches Verbot der Gesindevermietungs-Kontore und Einführung eines unentgeltlichen Dienstaufweises hinzuwirken.

Parteigenossen in Lübeck und Schwerin: Daß die ländlichen Arbeiter unter die Gewerbe-Ordnung gestellt

werden; daß für die ländliche Bevölkerung Gewerbegerichte errichtet werden.

Resolutionen.

Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Die völlige Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit ist zur Klärung des Volkes unerlässlich. Die Bestrebung, die schon jetzt so vielfach eingeschränkte Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit noch weiter einzuzengen, muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Zu diesem Zwecke erscheint es erforderlich, überall mündlich wie schriftlich eine besondere Agitation zu entfalten, um die weitesten Kreise von der Nothwendigkeit völliger Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit zu überzeugen und gegen die jetzigen Beschränkungen dieser Freiheiten, wie auch ganz besonders gegen eine noch weitere Verklümmung derselben zu protestiren. Außerdem ist auch dagegen Verwahrung einzulegen, daß mit Hilfe der aus der Klassenwahl hervorgegangenen Landtage jene Anträge gegen den Willen der großen Masse des arbeitenden Volkes zum Gesek erhoben werden. Es ist daher das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu allen Wahlen, also auch für die Landtage und Gemeindevertretungen zu verlangen, um eine solche Vergewaltigung unmöglich zu machen. Aus diesen Gründen beantragen wir: Auf die Tagesordnung zu setzen: Unsere Aufgabe gegenüber den volksfeindlichen Bestrebungen, eine noch weitere Schmäherung der Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit herbeizuführen, näher zu präzisiren.

Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises Karlsruhe-Nuchsal:

1) Der Parteitag möge dazu Stellung nehmen, wie sich die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Gesamt-Etat zu verhalten haben.

2) Der „Vorwärts“ möge dem auf dem Kölner Parteitag gefaßten Beschluß: „Die alljährlich beim „Vorwärts“ erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts zu verwenden, damit der „Vorwärts“ seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialistischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als dies bisher möglich war“, mehr wie bisher nachkommen.

3) Die Parteileitung möge für die Verbreitung und Verwirklichung unserer Ideen mehr Sorge tragen. Ebenso die besseren agitatorischen Redefräste mehr auf diejenigen Ortschaften resp. Wahlkreise verwenden, wo noch schwache Organisationen sind.

Parteigenosse Ed. Schröter, Berlin IV: In Erwägung, daß der Partei dadurch, daß sie dem Kapitalismus die ungehinderte Ausbeutung der Konsumtionskraft des Proletariats überläßt, anstatt letztere den Parteizwecken nutzbar zu machen, ungeheure Vortheile im Befreiungskampfe verloren gehen, beschließt der Parteitag, die Parteileitung wird beauftragt, eine Kommission von etwa 15 Mitgliedern zu ernennen, die dafür Sorge zu tragen hat, daß die Konsumtionskraft des Proletariats, soweit es möglich ist, den Zwecken der Partei dienlich gemacht wird. Zu diesem Behufe sind in den für uns zunächst geeigneten Produktionszweigen Betriebe zu organisiren, in welchen die Produktion durch Genossen

stattzufinden hat, und Maßnahmen zu treffen, daß die verfertigten Gegenstände und diejenigen Konsumartikel, die von Genossen nicht hergestellt werden können, in der geeignetsten Weise ihren Absatz finden. Ueber die Verwendung des nach Ablauf bestimmter Zeiträume festzustellenden Gewinnes entscheidet obige Kommission; doch soll als Richtschnur dienen, daß ein Theil zu Erweiterungen von bereits bestehenden Betrieben resp. Neugründungen benützt, während der Rest, der größere Theil, an die Parteikasse zwecks Agitation zc. überwiesen wird. Die Anlagkapitalien müssen von Genossen aufgebracht werden und kann auf Wunsch eine spätere Zurückzahlung erfolgen.

Die Genossen in Elberfeld: Der Parteitag ersucht die Genossen und Genossinnen, überall da, wo es möglich ist, daß in die Agitationskomitees auch Genossinnen gewählt werden können, dafür zu sorgen, daß dies geschieht, da die Frau sich sehr wohl zur Agitation eignet, aber recht oft nicht die nöthigen theoretischen und praktischen Kenntnisse aus sich selbst besitzt.

Parteigenosse B. Gishmann, Kiel: Der Parteitag wolle prüfen, ob es zweckmäßig sei, an dazu geeigneten Orten oder mindestens an einem dazu geeigneten Orte eine Schule aus Parteimitteln zu errichten, worin der Lehrstoff, sowie der Unterricht selbst, ganz im sozialistischen Sinne gegeben, wo keine dogmatische, sondern eine rein wissenschaftliche Weltanschauung gelehrt wird.

Parteigenossen Lehmann und Kossich in Wittweida: Es ist eine Erfahrung, daß mit Ausnahme der reichen Leute jeder überzeugter Sozialist wird, sobald er die Wahrheit über unsere Grundsätze sowie über seine soziale und politische Lage erkennt. Es ist Thatsache, daß die Verbreitung dieser Wahrheit bei den Erwachsenen, besonders bei den weiblichen in Folge politischer Theilnahmslosigkeit und Rechtlosigkeit, auf innerliche und gegenwärtig in steigendem Maße auf äußerliche Hindernisse stößt.

Es ist Allen bekannt, daß die herrschende Klasse mit allen Mitteln die Ausbreitung unserer Prinzipien zu hindern sucht und neuerlich die Schulen benutzt, um der lernfähigen Jugend unsere einfachen und leicht begreiflichen Lehren entstellt oder verhältel wiederzugeben.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Parteitag als Gegengewicht und behufs Verbreitung unserer sozialpolitischen Wahrheiten unter der heranwachsenden Jugend, sowie zur Beförderung der sozialistischen Ueberzeugung der Massen allerorts eine

„Schulwacht“

zu organisiren, welche den Unterricht auf alle sozialistenfeindlichen Verdrehungen und Fälschungen zu prüfen hat, um letzteren in der weitesten Deffentlichkeit die Wahrheit gegenüber zu stellen.

Soziales und Partei-Leben.

Der Streik der Formstecher in Hildesheim hat nach dreiwöchentlicher Dauer mit einem vollständigen Siege der Arbeiter geendet. Der Fabrikant bewilligte die Weiterzahlung der bisherigen Löhne, erkannte die Organisation an und verpflichtete sich, bei Bedarf die durch den Streik zur Abreise gezwungenen Kollegen wieder einzustellen.

„Ja, Sir, ich sehe es,“ erwiderte Oliver lebend.

Sikes faßte die Hand des Knaben mit festem Griffe, und setzte ihm den Pistolenauslauf an die Schläfe. Oliver konnte einen Angstschrei nicht unterdrücken.

„Nun mer! wohl, Bursch,“ sagte Sikes, „sprichst Du ein einziges Wort, wenn Du mit mir außer Hause bist, ausgenommen um zu antworten, wenn ich Dich frage, so hast Du ohne Weiteres die ganze Ladung im Hirnkasten; also wenn Du gesonnen sein solltest, ohne Erlaubniß zu sprechen, so sag' erst Dein letztes Gelet her. So viel ich weiß, wird Niemand besondere Nachforschung Deinetwegen anstellen, wenn Dir das Garaus gemacht ist; 's ist also bloß zu Deinem Besten, daß ich mir so viel Mühe gebe, Dir 's Licht aufzustecken. Hast's gehört?“

Jetzt nahm Nancy das Wort, und sagte sehr nachdrücklich und Oliver etwas finster anblickend, wie um ihn aufzufordern, ihr so aufmerksam als möglich zuzuhören: „Das Lange und Kurze von dem, was Du sagen willst ist dies, Bill: wenn er Dich stört bei dem, was Du vorhast, so wirft Du ihn, damit er nichts ausschwanzen kann, durch den Kopf schießen, und die Gefahr auf Dich nehmen, dafür zu haumeln, wie Du diese Gefahr wegen sehr vieler anderer Dinge auf Dich nimmst, die Du im Geschäft jede Woche Deines Lebens thust.“

„Ganz recht!“ bemerkte Sikes wohlgefällig. „Die Weibsen verstehen sich d'rauf, Alles mit den wenigsten Worten zu sagen, ausgenommen, wenn sie zanken und schimpfen, wo sie's desto länger machen und die Worte nicht sparen. Jetzt aber, nun er Bescheid weiß, schaff was zum Abendessen, und dann wollen wir noch 's Bissel dornen, eh' wir losgehen.“

Sikes aß und trank tüchtig, und warf sich dann auf das Bett, nachdem er Nancy geboten, ihn Punkt fünf Uhr zu wecken, und Oliver, sich auf die Matratze neben

Oliver Twist.

Sozialer Roman von Charles Dickens.

(22. Fortsetzung)

„Ich habe Dich schon einmal vor übler Behandlung geschützt, will es auch künftig thun und thue es jetzt,“ fuhr sie fort; „denn wenn ich Dich nicht holte, würden Dich Andere zu Sikes bringen, die viel unglimpflicher mit Dir umgehen möchten. Ich habe mich dafür verbürgt, daß Du ruhig und still sein würdest, und bist Du es nicht, so wirst Du nur Dir selbst und obenein mir schaden, vielleicht an meinem Tode schuld sein. Sieh hier! — dies Alles hab' ich für Dich schon ertragen, so war Gott feht, daß ich's Dir zeige.“

Sie wies ihm mehrere braun und blaue Steifen und Flecke an ihrer Schulter und den Armen, und sprach rasch weiter:

„Denk' daran, und mach' nicht, daß ich eben jetzt noch mehr um Deinetwillen leiden muß. Wenn ich Dir helfen könnte, würde ich's gern thun, ich habe aber die Macht nicht. Sie wollen Dir kein Leides zufügen, und was sie Dich zwingen zu thun, ist nicht Deine Schuld. Pst! jedes Wort, das Du sprichst, ist so viel als ein Schlag für mich. Gib mir die Hand — geschwind, Deine Hand!“

Oliver reichte ihr mechanisch die Rechte, sie blies das Licht aus und zog ihn nach. Die Hausthür wurde rasch und leise von Jemand geöffnet, und eben so schnell hinter ihnen wieder verschlossen. Vor dem Hause stand ein Miethecabriolet, sie schob ihn hinein und die Fenster herunter. Der Kutscher bedurfte keiner Weisung, sondern fuhr augenblicklich im raschesten Trabe davon.

Nancy hielt fortwährend Oliver's Hand fest, und

flüsterte ihm Trost, Warnungen und Versprechungen in das Ohr, und Alles war so überraschend gewesen, daß er noch gar nicht zum Besinnen gekommen war, als der Wagen schon vor dem Hause hielt, in welchem der Jude am vergangenen Abend Sikes aufgesucht hatte.

Einen einzigen kurzen Augenblick schaute Oliver umher, und ein Hilfsschrei schwebte ihm auf den Lippen. Allein die Straße war öde und menschenleer, Nancy's bittende Stimme tönte in seinem Ohr, und während er noch unentschlossen war, befand er sich schon im Hause und hörte dasselbe sorgfältig verriegeln. Sikes trat mit einem Lichte oben an die Treppe, und begrüßte das Mädchen ungewöhnlich heiter und mild.

„Nullfeyer ist mit Tom nach Hause gegangen,“ sagte er; „er würde im Wege gewesen sein.“

„Das ist schön,“ erwiderte Nancy.

„Du hast ihn also?“ bemerkte Sikes, als sie in das Zimmer eintraten.

„Ja, hier ist er.“

„Ging er ruhig mich?“

„Wie ein Lamm.“

„Freue mich, es zu hören,“ sagte Sikes, Oliver finster anblickend, „um sein's jungen Leichnams willen. Komm her, Bursch, daß ich Dir nur gleich 'ne gute Lehre gebe, je eher, desto besser.“

Er setzte sich an den Tisch und Oliver mußte sich ihm gegenüber hinstellen.

„Weißt Du, was dies ist?“ fragte er, eine Taschenpistole zur Hand nehmend.

Oliver bejahte.

„Dann schau hier. Dies ist Pulver, dies 'ne Kugel und das ein Pfropfen.“ — Sikes ladete die Pistole mit großer Sorgfalt, und sagte, als er fertig war: „Nun ist sie geladen.“

